

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger
MdB, Finanzpolitischer
Sprecher der bayerischen
SPD-Landesgruppe im Deut-
schen Bundestag, entlarvt
den unsozialen Charakter
des Regierungsplans, die
Alleinerziehenden zu ent-
lasten: Vorteile für Rei-
che. Seite 1

Wolfgang Clement, Vor-
standssprecher der SPD,
weist auf die Pannen der
Bundesregierung hin und
resümiert: Kohl-Kabinett
nur noch bedingt hand-
lungsfähig.

Seite 2

Kurt Vogelsang MdB, Vor-
sitzender des Ausschusses
für Bildung und Wissen-
schaft des Deutschen Bun-
destages, unterstützt
den Schwier-Vorschlag
eines "Solidaritäts-
opfers" der Lehrer für
ihre arbeitslosen Kolle-
gen: Kohl muß Stellung
beziehen.

Seite 3

Dr. Uwe Holtz MdB, Vor-
sitzender des Ausschus-
ses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit des Deut-
schen Bundestages, bilan-
ziert die Weltbevölke-
rungskonferenz der Ver-
einten Nationen in Mexi-
ko-City: Die Grundbedürf-
nisse der Menschen befrie-
digen. Seite 5

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

39. Jahrgang / 158

17. August 1984

Unsozial

Die Kinderfreundlichkeit der Bundesregierung erstreckt sich nur auf die reichen Alleinerziehenden

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Finanzpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Der Plan der Bundesregierung und der CDU/CSU, alleinerziehende Väter oder Mütter steuerlich über den Abzug von nachgewiesenen Kinderbetreuungskosten besserzustellen, ist als unsozial abzulehnen.

Schließlich sieht der Gesetzentwurf der Kohl/Genscher-Regierung vor, Alleinerziehende lediglich mit acht DM pro Monat durchschnittlich zu entlasten. Geringverdiener werden überhaupt nicht entlastet, höher Verdienende allerdings um so mehr, als sie nun das Kindermädchen und den Reitkurs steuerlich geltend machen können. Wo in diesem Gesetzentwurf die von der CSU geforderte soziale Freundlichkeit sein soll, ist unerfindlich.

Die CSU muß ihren Worten auch finanzpolitische Taten folgen lassen.

Dieser Gesetzentwurf der Bundesregierung ist ein weiteres Indiz, daß die Rechtskoalition an einer wirklichen gerechten Lastenverteilung weniger interessiert ist, als daran, für ihr besser verdienendes Klientel weitere steuerliche Abzugsmöglichkeiten zu schaffen. Statt soziale Probleme gerecht und solidarisch zu lösen, fordert die Kohl-Regierung die Ellbogenmentalität und macht sie zudem steuerrechtlich salonfähig. (-/17.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Nur noch bedingt handlungsfähig

Das Kohl-Kabinettt ist auf Grund seiner inneren Probleme nicht imstande, die Probleme zu lösen

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

Helmut Kohls Pannen-Kabinettt wankt und wackelt. Es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszusagen, daß die Bundesregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung den nächsten Sommer nicht mehr erleben wird.

Die Null- und Schwachstellen sind in diesen Wochen überdeutlich hervorgetreten:

Im Kanzleramt herrscht offenkundig ein gefährlicher Kompetenzwirrwarr, angesichts dessen selbst Kohls beste Freunde die Hoffnung aufgegeben haben, daß "Schrecki" Schreckenberger der Lage noch Herr zu werden vermöchte. Daß der Kanzler inzwischen selbst öffentlich eingestehen muß, die Arbeitsabläufe in seinem Haus seien verbesserungsbedürftig, spricht Bände. Der öffentliche Eindruck gibt die Situation allerdings zutreffender wieder: Aus einer geräuschlos funktionierenden Schaltzentrale, die das Kanzleramt zu Zeiten Helmut Schmidts war, ist ein Tollhaus geworden, in dem eine Hand nicht weiß, was die andere tut (oder nicht tut). Vier Staatsminister und Staatssekretäre - zwei mehr als zu Helmut Schmidts Zeiten - sind offensichtlich nicht in der Lage, die Regierungsarbeit effektiv zu organisieren.

Daß der Kanzler seinen eigenen Laden nicht in Ordnung hat, hindert ihn vermutlich zusätzlich, längst überfällige Konsequenzen am Kabinetttisch - von Dollinger bis Wilms - zu ziehen. Dringendster und aktuellster Fall: Minister Schwarz-Schilling, der vor dem Scherbenhaufen seiner Verkabelungspolitik steht und nun offensichtlich daran geht - wenn er nicht noch durch den Bundestag und den Bundesrechnungshof, durch Gewerkschaften und Industrie daran gehindert werden kann -, die Postinteressen zu Sommerschlußverkaufspreisen zu verschleudern.

Sonderfall: AA-Staatsminister Möllemann, der seine privaten Händel inzwischen zu einer Angelegenheit der Bundesregierung gemacht hat, indem er die deutsch-arabischen und die deutsch-israelischen Beziehungen für seine höchstpersönlichen Interessen über Kreuz brachte.

Die inzwischen alltäglich gewordenen Stellungnahmen von Unionspolitikern - inzwischen mit dem Kanzler an der Spitze - über die hausgemachten Probleme zeigen: Diese Regierung ist nur noch bedingt handlungsfähig. Angesichts der konkreten Probleme unseres Landes - Ost-West-Beziehungen, Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellennot, um nur die wichtigsten zu nennen - ist das eine beängstigende Feststellung.

Bei der miserablen Kondition seiner Regierung dürfte auch Helmut Kohl klar sein, daß er handeln muß. Doch offensichtlich versucht er, die notwendigen Konsequenzen über den Winter und hinter die Landtagswahlen des nächsten Frühjahrs zu schieben, weil er wohl voraussieht, daß er etwas in der Hand haben muß, wenn die wachsende Zahl der Kritiker in den eigenen Reihen dem Kanzler selbst ans Leder will. Der Zeitpunkt rückt näher.
(-/17.8.1984/vo-he/rs)

+

+

+



"Solidaritätsoffer" für arbeitslose Lehrer

Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder
müssen sich mit dem Vorschlag aus Düsseldorf auseinandersetzen

Von Kurt Vogelsang MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Immer mehr Lehrer sind nach Beendigung ihrer Ausbildung arbeitslos. Im letzten Jahr fanden 27.600 Lehramtsbewerber keine Anstellung. Zahlenangaben für dieses Jahr fehlen bisher noch. Für die Zeit bis 1990 schätzt die Bundesregierung, daß jährlich etwa 13.000 Lehramtsbewerber nicht angestellt werden können. Die Bundesregierung kennt das Problem - unternimmt aber nichts.

Bundeskanzler Kohl erhob das Abwarten zum Programm, als er vor zwei Monaten ausführte: "... Und damit komme ich zu einem ungeheuren Problem, vor dem unsere Gesellschaft steht: die Jungakademikerarbeitslosigkeit. Ich werde oft gefragt, wo ich die Achillesferse der Bundesrepublik in den nächsten Jahren sehe. Für nahezu alle Problemstellungen glaube ich eine Lösung zu kennen oder wenigstens einen Weg, der in die Zukunft weist. Ich muß aber ebenso ehrlich sagen, daß das einzige Feld, bei dem ich selbst noch nicht weiß, wie wir es bewältigen können, die Jungakademikerarbeitslosigkeit ist."

Die vielen arbeitslosen Lehrer erhalten kein Arbeitslosengeld, sondern sind auf Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe angewiesen. Das ist für die Betroffenen eine sozial unerträgliche Situation. Für die Kommunen ist es andererseits kaum noch zu verkraften, wenn zusätzliche Lasten auf die Sozialhilfe abgeladen werden. Die Lehrer sind also völlig unzureichend gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit abgesichert. Auch für dieses Problem hat die Bundesregierung keine Lösung anzubieten, wie ihre Antwort auf eine entsprechende Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion gezeigt hat.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung verdient Anerkennung, daß sie das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit aufgegriffen hat und im Rahmen ihrer Hand-



lungsmöglichkeit initiativ geworden ist. Sicher gibt es gegen ihren Vorschlag, der ein "Solidaritätsoffer" der arbeitenden mit den arbeitslosen Lehrern vorsieht, Einwendungen, die diskutiert werden müssen - das weiß auch die Landesregierung. Den Gewerkschaften kann nicht verübelt werden, daß sie allen weiteren Einkommenskürzungen im öffentlichen Dienst - wie immer diese begründet werden - kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, nachdem den Beschäftigten auf dem Gebiet der Einkommenskürzungen bereits allerlei zugemutet worden ist. Die Gewerkschaften fordern zu Recht die Teilnahme des öffentlichen Dienstes an der allgemeinen Einkommensentwicklung.

Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten sind nunmehr gefordert, sich mit dem Vorschlag aus Nordrhein-Westfalen auseinanderzusetzen und nach Lösungen zu suchen, um den Betroffenen zu helfen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, daß Bund und Länder für die kommenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst eine angemessene Antwort auf die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung finden müssen.

Die Lehrerarbeitslosigkeit ist ein gesamtstaatliches Problem, das nicht nur ein einzelnes Land betrifft, der Bund muß daher entscheidende Verantwortung übernehmen und handeln. Besonders der Bundeskanzler ist gefordert, aus seiner Wartestellung hervorzutreten. Mit der von ihm bekundeten Hoffnung auf "vereinte Bemühungen" ist es nicht getan, wenn Taten der Bundesregierung ausbleiben.

(-/17.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen
-----**Ein Nachtrag zur Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen**

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Der Geruch von Rassismus, der Debatten zur Überbevölkerung der Erde immer begleitet hat, macht es nicht leichter, sich mit diesem schwierigen, von Tabus, traditionellen und religiösen Verkrustungen und nationalen Empfindlichkeiten gespickten Thema zu befassen. Die Warnungen vor der "gelben Gefahr" für Europa, obwohl inzwischen nahezu hundert Jahre alt, sind noch in frischer Erinnerung.

Andererseits ist richtig: In vielen Teilen der Welt hält die wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt. Es hemmt, wie die evangelische Kirche in Deutschland in ihrer Studie "Weltbevölkerungswachstum als Herausforderung an die Kirchen" festgestellt hat, die erwünschte Wohlstandmehrung oder die Erhaltung des lebensnotwendigen Besitzstandes. Es verschärft die Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung, der Energiesicherung und der Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Auch in der Dritten Welt gelten Bemühungen um das Abbremsen des Bevölkerungswachstums nicht mehr als neue, subtilere Formen des Neokolonialismus, sondern als eine Notwendigkeit zum Überleben.

Allerdings dürfen Ursachen und Wirkungen nicht verwechselt werden. Alarmierende Zahlen zur Überbevölkerung der Erde dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß die Zunahme der Menschenmassen in der Dritten Welt vorwiegend sozio-ökonomische Gründe haben. Die soziale und kulturelle Entwurzelung vieler Menschen in den Entwicklungsländern hat zahlreiche geburtenregelnde Verhaltensweisen außer Kraft gesetzt, ohne sie durch neue, ebenso funktionierende zu ersetzen. Immer noch hohe Sterblichkeitsziffern und das weitgehende Fehlen sozialer und materieller Sicherheit im Alter zwingen zu großer Kinderzahl. Und: Der Reichtum der Welt ist extrem ungleich verteilt.

Deshalb werden Pille und Pessar immer nur Begleitinstrumente sein können. Worum es in Wirklichkeit geht, ist die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Armen, der Aufbau sozialer Sicherungssysteme, eine ausreichende Gesundheitsversorgung und eine bessere Bildung. Es geht ganz allgemein um die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen. Es geht aber auch um die Schaffung einer gerechten, leistungsfähigen und sozialen internationalen Wirtschaftsordnung, wie sie der Deutsche Bundestag in seinem einstimmigen Beschluß vom 5. März 1982 gefordert hat.

Auf diese Ziele muß sich die deutsche Zusammenarbeit mit der Dritten Welt konzentrieren. Sie ist kein geeignetes Mittel zur Förderung der Exporte deutscher Unternehmen. Sie darf auch nicht der außenpolitischen Disziplinierung und sicherheitspolitischen Einordnung der Entwicklungsländer dienen.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb die Ergebnisse der Weltbevölkerungskonferenz von Mexiko sorgfältig beraten. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Aktionsprogramms der Konferenz in die praktische Politik. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Bundestag auch zu diesem Thema wichtige Grundsätze festlegt, an denen sich die Bundesregierung zu orientieren hat.

(-/17.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

